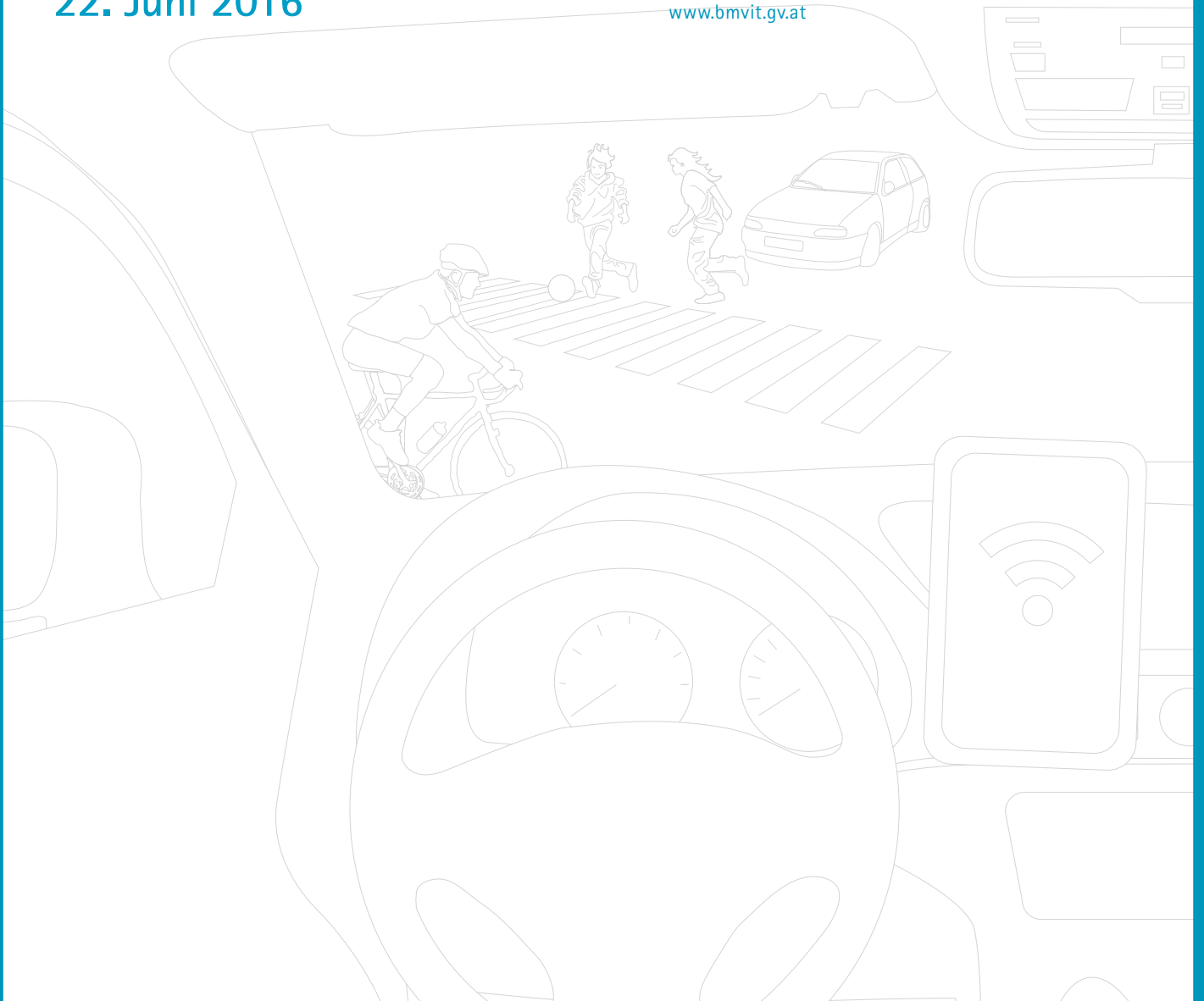

Maßnahmenpaket

Verkehrssicherheit

Pressekonferenz
22. Juni 2016

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und
Technologie
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
www.bmvit.gv.at



LKW-Sicherheit:

Pilotprojekt „Mobileye“

Das bmvit finanziert einen wissenschaftlichen Versuch, bei dem etwa 20 LKW mit einem modernen Assistenzsystem ausgestattet werden. Das Gerät warnt den Lenker vor Kollisionen mit schwächeren Verkehrsteilnehmern (z.B.: Radfahrern, Fußgängern, Motorrädern, Mopeds). Das Projekt ist mit 100.000 Euro dotiert, nach 6 Monaten wird evaluiert.

Start: Herbst 2016

Modernisierte Theorieprüfung für Großklassen:

Fragen und Bildmaterial der Theorieprüfung für den LKW-Führerschein stammen zum Großteil aus den 1990er-Jahren und sind damit veraltet. Neues Bildmaterial, aktualisierte Fragen und neue Schwerpunkte (etwa Übersehen schwächerer Verkehrsteilnehmer) machen die Führerscheinprüfung aktueller und realitätsnäher.

Fertigstellung: 2. Hälfte 2017

Plattform LKW-Sicherheit

Bei LKW-Kontrollen liegt der Schwerpunkt derzeit auf dem technischen Zustand der Fahrzeuge. Künftig sollen auch die Einhaltung der Sozialbestimmungen (Lenk- und Ruhezeiten) sowie gewerberechtliche Aspekte koordiniert kontrolliert werden. Um das zu erreichen, wird die bestehende, informelle „LKW-Kontroll-Plattform“ (bmvit, BMI, ASFINAG, Länder) zur „Plattform LKW-Sicherheit“ aufgewertet. Zusätzlich werden BMASK, Sozialversicherung und Finanzpolizei eingeladen, um eine bessere Abstimmung der Behörden zu gewährleisten.

Erste Sitzung: Herbst 2016

Fahrschulen/Ausbildung:

Qualitätsoffensive Fahrschulen

Für Fahrschulen wird es künftig bundesweit einheitliche Inspektionen geben, um flächendeckend hohe Qualität sicherzustellen. Das bmvit entwickelt dazu einheitliche Checklisten und stellt entsprechende Handbücher zur Verfügung. Die Ergebnisse der Inspektionen werden in einer eigens geschaffenen Datenbank dokumentiert. In einem zweiten Schritt wird es für Fahrschulen, die zusätzliche Leistungen anbieten (z.B.: moderne Simulatoren, Ausbildungsschwerpunkte, etc.) ein spezielles Gütesiegel geben.

Umsetzung bis: 2017

Mopedausbildung Neu

Die theoretische Prüfung für den Moped-Führerschein wird künftig am Computer abgelegt. Bei den Theoriefragen werden neue Schwerpunkte wie Risikobewusstsein oder die Sichtweise anderer Verkehrsteilnehmer gesetzt, die Prüfung wird verlängert. Die praktische Ausbildung soll weniger auf Übungsplätzen und mehr auf Straßen stattfinden, um realitätsnahes Lernen zu ermöglichen. Es wird geprüft, ob eine verpflichtende praktische Prüfung sinnvoll ist.

Umsetzung: 2017

Verlängerung der Probezeit

Die Probezeit für FahranfängerInnen soll von 2 auf 3 Jahre ausgedehnt werden. In dieser Zeit werden Verstöße je nach Delikt, wie bisher, mit verkehrspsychologischen Nachschulungen oder Nachschulungskursen für alkoholauffällige Lenkerinnen und Lenker geahndet. Bei wiederholten Verstößen wird die Lenkerberechtigung entzogen. Es wird darüber hinaus geprüft, ob unerlaubte Handy-Nutzung während der Fahrt in den Deliktkatalog des Probeführerscheins aufgenommen wird.

Inkrafttreten: 2017

Sonstige Maßnahmen:

Verkehrsstatistik Neu

Mit einem neuen Gesetz soll der Zugang des Bundes und der Länder zu bestimmten Detaildaten verschiedener Behörden in feinerer regionaler Gliederung ermöglicht werden. So sollen etwa Daten zum Unfallhergang mit Daten zu den gesundheitlichen Folgen der Unfälle verknüpft werden können. Das ergibt ein umfangreicheres Bild über das Unfallgeschehen auf Österreichs Straßen und ermöglicht zielgerichtetes Entgegenwirken.

Inkrafttreten: 1. Hälfte 2017

Alkohol-Wegfahrsperrern

Statt dem Führerscheinentzug bei Alkoholmissbrauch am Steuer wird künftig auch der Einbau einer Alkohol-Wegfahrsperrre möglich sein. Das Gerät überprüft vor dem Start den Alkoholgehalt in der Atemluft. Nur wer nüchtern ist, kann sein Auto starten. Die Verpflichtung zur Alko-Wegfahrsperrre wird doppelt so lange dauern wie der Führerscheinentzug. Die Nutzer werden durch ein Mentoringprogramm begleitet.

Inkrafttreten: 2017

Kampagne gegen überhöhte Geschwindigkeit

Überhöhte Geschwindigkeit ist die zweithäufigste Unfallursache auf Österreichs Straßen. Das bmvit startet deshalb kommenden Herbst eine Bewusstseinskampagne, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen.

Umsetzung: Herbst 2016

Fotobeweis bei Handyverbot am Steuer

Seit Juni gilt ein strengeres Handyverbot am Steuer. Neben dem Telefonieren ohne Freisprecheinrichtung ist nun auch das Schreiben von SMS oder Surfen im Internet explizit verboten. Künftig können auch Radarfotos als Beweis für einen Verstoß gegen dieses Verbot herangezogen werden.

Inkrafttreten: 2017